

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

30.1.1914 (No. 29)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 29

Freitag, den 30. Januar 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einkaufsgebühr: die 5mal gestaltete Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unserlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
lei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unterm 5. Januar 1914 Gerichts-
assessor Arnold Lion aus Ettenheim als Rechtsanwalt
beim Amtsgericht Kastatt und gleichzeitig beim Land-
gericht Karlsruhe sowie bei der Kammer für Handels-
sachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Kastatt zuge-
lassen worden.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen ist unterm 8. Januar 1914 Gerichts-
assessor Dr. Otto Marx aus Bruchsal als Rechtsanwalt
beim Amtsgericht Pforzheim und gleichzeitig beim Land-
gericht Karlsruhe sowie bei der Kammer für Handels-
sachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Pforzheim zu-
gelassen worden.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Innern vom
23. Januar 1914 ist im Einverständnis mit dem Mini-
sterium des Großh. Hauses, der Justiz und des Aus-
wärtigen der praktische Arzt Dr. Ernst Hildenstab in
Graben zum Bezirksassistentenarzt in Gengenbach ernannt
worden.

Das Finanzministerium hat unterm 23. Januar 1914
den Oberfinanzsekretär Wilhelm Streißguth beim Haupt-
steueramt Pforzheim in gleicher Eigenschaft zum Finanz-
amt Kastatt versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat un-
term 27. Dezember 1913 den Eisenbahningenieur Fried-
rich Zimmermann in Heidelberg nach Pforzheim versetzt.

Gestorben sind nachstehende zurückgesetzte Beamte.
am 7. Dezember 1913: Kimmig, Dr. Otto, Professor
in Konstanz;
am 17. Dezember 1913: Hördt, Johann, Kanzleisekretär
in Durlach;
am 14. Januar 1914: Maurer, Karl, Landgerichtsrat
in Baden-Baden.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 29. Januar.

Die Entwicklung unserer Schutzgebiete 1912/13.

I.

Die Denkschrift der Kolonialverwal-
tung über die deutschen Schutzgebiete
Afrikas und der Südsee für das Jahr
1912/13 wird, wie wir hören, zu Beginn der nächsten
Woche im Buchhandel erscheinen. Mit Zustimmung des
Reichskolonialamts und durch das Entgegenkommen der
Verleger, der Königl. Hofbuchhandlung E. S. Mittler
& Sohn, sind wir schon heute in der Lage, die wichtigsten
Teile der Einleitung dieser Denkschrift zu veröffent-
lichen. Der Landfriede wurde im Berichtsjahre
(April 1912 bis April 1913) in keinem Schutzgebiet ernst-
lich gestört. Die Haltung der Eingeborenen war ruhig
in Togo und Deutsch-Ostafrika, sowie in Deutsch-Südwest-
afrika, wo die Schutztruppe wieder zu öffentlichen Ar-
beiten herangezogen werden konnte. In Kamerun wur-
den die von Frankreich erworbenen Gebiete an den fest-
gesetzten Terminen in die deutsche Verwaltung über-
nommen. Dabei kam es mehrfach zu Unbotmäßigkeiten
einzelner Stämme, die aber bald unterdrückt wurden und
sich nicht weiter ausdehnten. Auch konnte die Übernahme
in die Verwaltung durch entsprechende Dispositionen
ohne wesentliche Verflärkung der Schutztruppe durch-
geführt werden. In Deutsch-Neuguinea wurden in den
nicht unter Verwaltung genommenen Gebieten wie auch
in früheren Jahren vielfach Gewalttätigkeiten und Fried-
ensstörungen verübt, denen gegenüber aber auch Fort-
schritte in der friedlichen Ausdehnung der Verwaltung
hervorzuheben sind. Im Inselgebiete ist die öffentliche
Ruhe nirgends gestört worden. In Samoa hat die zu-
nächst unentschieden gelassene und erst nach Ablauf des
Berichtsjahres geregelte Frage der Nachfolgerschaft für
den verstorbenen Häuptling nicht zu der vielfach befürch-
teten Beunruhigung der Bevölkerung geführt.

In der allgemeinen Verwaltung kam es,
abgesehen von der Ausdehnung in Kamerun zu einzelnen

Verschiebungen. In Kamerun wurden größere Teile
der neuen Gebiete an bestehende Verwaltungsbezirke an-
gegliedert. Im Zusammenhang damit mußte die Po-
lizeitruppe vielfach verstärkt werden.

Die landeskundliche Erforschung wurde in
Kamerun im Zusammenhang mit dem Fortschreiten des
Eisenbahnbaues ins Innere und den Vorarbeiten hierfür
sowie auch durch eine Expedition des Gouverneurs in
das entlegene Hinterland gefördert. In Deutsch-Neu-
guinea setzte die Kaiserin-Augusta-Flußexpedition ihr
Forschungswerk mit gutem Erfolge fort.

Die Bevölkerungspolitik der Kolonialver-
waltung hat zahlreiche in kolonialpolitische wie kolonial-
wirtschaftliche Beziehung wichtige Aufgaben zu lösen.

Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Verbesserung der
gesundheitlichen Zustände, insbesondere der
Eingeborenenbevölkerung, und in der Schaffung ent-
sprechender sanitärer Einrichtungen und Verbreitung
besserer hygienischer Grundzüge. In Togo waren die
gesundheitlichen Verhältnisse sowohl für Weiße wie für
Eingeborene, abgesehen von der in einigen Gegenden
aufgetretenen Malaria, normal. In Kamerun
wurden energische Schritte zur Sanierung von Duala
getan, wobei im Interesse des allgemeinen Wohls auch
zur Entseignung von Ländereien der Eingeborenen ge-
schritten werden mußte. Auch in einigen anderen Plätzen
Kameruns hat die Sanierung Fortschritte gemacht. Die
große Verbreitung der Schlafkrankheit in Kamerun macht
der Verwaltung noch schwere Sorgen; ihre erfolgreiche
Bekämpfung wird noch längere Zeit und große Energie
erfordern. Im übrigen wird der Gesundheitszustand
in Kamerun als gut bezeichnet. Aus Deutsch-Ostafrika
wird ein befriedigender Gesundheitszustand der Weißen
gemeldet; auch unter der farbigen Bevölkerung traten
keine verheerenden Seuchen auf, wohl aber werden die
vorhandenen Krankheiten durch den zunehmenden Eisen-
bahnverkehr, auch durch die beim Bau der Eisenbahn
tätigen Arbeiter vielfach weiter als bisher verbreitet.
In Deutsch-Südwestafrika war der Gesundheitszustand
der Weißen günstig, wozu auch die fortschreitende
Sanierung der einzelnen Orte beitrug. Der Gesund-
heitszustand der Eingeborenen hat sich gebessert, nur ist
die Kindersterblichkeit immer noch sehr hoch.

Die weiße Bevölkerung in sämtlichen Schutz-
gebieten ist von 23 342 auf 24 389, also rund um 1000
Menschen gestiegen. Der Zuwachs kommt hauptsächlich
auf Deutsch-Ostafrika, dann auf Kamerun und Deutsch-
Neuguinea. Die Abnahme in Deutsch-Südwestafrika
hängt auch mit der Beendigung von Eisenbahnbauten
zusammen. Bei dem Zuwachs von Deutsch-Neuguinea
ist zu beachten, daß auch die Japaner zu den Weißen
gerechnet werden.

Die tatsächliche Bewegung der gesamten farbigen
Bevölkerung, ihre Ab- oder Zunahme läßt sich
schwer bestimmen, solange nicht allgemeine exakte Zäh-
lungen vorliegen. Zuwachs- oder Abnahmehiffern, wie
sie auch für das Berichtsjahr vorliegen, sind also zurzeit
auf neue Schätzungen und auf Fortschritte in den exakten
Zählungen zurückzuführen. In Deutsch-Ostafrika sind
durch die Siedelungen von Eingeborenen längs der
neuen Eisenbahntrecken Verschiebungen unter der Be-
völkerung eingetreten, die wohl nicht zu deren Nachteil
gehören. Dagegen wirkt das Wanderleben der auf
Lohnarbeit ausgehenden Neger ersichtlich ungünstig auf
die natürliche Bevölkerungsvermehrung ein, ganz abge-
sehen von der schon erwähnten hierdurch bewirkten wei-
teren Verbreitung von Krankheiten. Die neuangeleg-
ten Gebiete Kameruns sind in der Bevölkerungs-
statistik überhaupt noch nicht berücksichtigt. In Deutsch-
Neuguinea und Deutsch-Südwestafrika ergaben die
neueren Zählungen geringere Bevölkerungsziffern, als
bisher angenommen war. In Samoa hat sich die natür-
liche Vermehrung der Eingeborenenbevölkerung gebessert.
Gleichzeitig hat aber auch die Zahl der Mischlinge wie-
der zugenommen. Letzteres gilt auch für Togo, Deutsch-
Südwestafrika und Deutsch-Neuguinea.

Über das Schul- und Missionswesen sind
im statistischen Teil eingehendere Mitteilungen als
früher zu finden. Auch auf der Karte über die Missio-
nen in Deutsch-Ostafrika sei verwiesen. Die Regierungss-
chulen sind in einzelnen Schutzgebieten wie in Kamerun
noch nicht ausreichend entwickelt. Die Missionen ent-
falteten überall eine sehr rege Tätigkeit auch auf dem

Gebiete des Schulwesens, der Krankenpflege und der
Hygiene. Bewährt hat sich in Deutsch-Neuguinea die
schulmäßige Ausbildung von Dolmetschern, die dann den
einzelnen Häuptlingen der Eingeborenen selbstverwaltung
zur Erleichterung des Verkehrs mit den deutschen Be-
hörden beigegeben werden.

Die weltwirtschaftliche Lage war zwar für
die Kolonialwirtschaft im allgemeinen günstig, hat sich
aber doch gegen Ende des Berichtsjahres namentlich durch
den Niedergang der Kautschukpreise zu verschlechtern
begonnen. In den Kolonien selbst waren die allge-
meinen Grundlagen für die Entwicklung der
Kolonialwirtschaft nicht überall günstig. Mehr
und mehr zeigt sich, daß jetzt nach dem Ausbau wichtiger
Eisenbahntrecken die weitere wirtschaftliche Entwicklung
unserer Schutzgebiete in erster Linie von der Arbei-
terfrage abhängt. In Deutsch-Südwestafrika litt
sowohl die Landwirtschaft wie der Bergbau unter dem
zeitweise geringen Zuzug von Dvambarbeitern. Dies
wäre an sich weniger bedauerlich, wenn nicht damit ge-
rechnet werden müßte, daß dieser Mißstand immer wie-
der hervortritt und sich noch verschärft. In Kamerun,
wo große Nachfrage nach Arbeitern war und wo für
die Regelung der Arbeiteranwerbung sowie für Arbeiter-
fürsorge manches geschah, machte sich gleichfalls zeitweise
ein empfindlicher Mangel an Arbeitern geltend. In
Deutsch-Ostafrika waren die Arbeitsverhältnisse im all-
gemeinen befriedigend, was nicht in letzter Linie der
kontrollierenden Tätigkeit der Distriktskommissäre zu-
zuschreiben ist. Freilich muß der immer größere Be-
darf an Arbeitern aus immer weiter entfernten Gebieten
gedeckt werden. Über die Lohnfrage gibt eine Tabelle im
statistischen Teil nähere Auskunft. In Deutsch-Neuguinea
müßte die Zahl der jetzt dort tätigen Arbeiter ver-
doppelt werden, wenn nur die bestehenden Unterneh-
mungen ihre Pflanzungsverpflichtungen für die aufge-
nommenen Ländereien einhalten wollen. Zum Abbau
der Phosphatlager müßten chinesische Arbeiter heran-
gezogen werden. In Samoa trat bei den öffentlichen
Arbeiten ein Arbeitermangel ein.

Reichstag.

Berlin, 28. Jan. Am Bundesratstag ist Staatssekretär Dr.
Delbrück erschienen. Aus Anlaß der 200. Sitzung ist der
Platz des Präsidenten mit Blumen geschmückt.

Am 2 1/2 Uhr eröffnet Präsident Kaempf die Sitzung und
dankte zunächst für die Blumen spende. Gleichzeitig teilte er
mit, daß er die Glückwünsche des Reichstags dem Kaiser zu
seinem Geburtstag übermittelt habe. Darauf wird die zweite
Veratung des Etats des Reichsamts des Innern fort-
gesetzt.

Abg. Giesberts (Zentr.): Die beste Sicherung der Arbeiter
besteht in einer möglichst umfangreichen Unfallversicherung. Auch
der Arbeitsnachweis muß ausgebaut werden. Die Wohnungs-
frage und das Heimarbeitergesetz müssen schleunigst erledigt
werden. Die Versicherungspflicht für sämtliche Gastwirtschafts-
betriebe muß baldigst erfolgen. Das Schulalter für Jugendliche
und Kinder ist zu erhöhen. In weiten Kreisen des Volkes bis
in die Regierungskreise hinein macht sich eine soziale Wüdig-
keit bemerkbar. Von dieser Stimmung dürfen wir uns nicht
unterliegen lassen. Es besteht heute noch eine ungeheure
Menge Not und Elend, namentlich in der Heimarbeiter. Das
Streikpökenwesen darf nicht beseitigt werden. Die Arbeit-
geber müssen sich mit dem Organisationsgedanken abfinden.
Wir wollen die Koalitionsfreiheit sichern. Unsere Gesetze ge-
nügen, um Ausschreitungen zu verhindern. Einen Stillstand
gibt es in der Sozialpolitik nicht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Ausführungen in der
vorigen Woche haben im Laufe einmütige Zustimmung gefun-
den. Bei meinen Angaben über die Zunahme der Spar-
kassen Guthaben bin ich vom Abg. Gotheim mißverstanden wor-
den. Der gewerbliche Mittelstand hat an dem Auf-
schwung leider nicht so teilgenommen, wie die anderen Er-
werbszweige. Die Gründe für das Mißverhältnis beim Mit-
telstand sehen Sie bereits vor dem wirtschaftlichen Aufschwung
vorhanden. Der gewerbliche Mittelstand war bedroht von oben
durch den Zusammenschluß von Handel und Industrie zu gro-
ßen Vereinigungen und von unten durch die Arbeiterschaft mit
ihren stetigen Forderungen. Ein großer Teil der Nachkommen
und Angehörigen des Mittelstandes trat als Arbeiter oder als
Meister in die Betriebe der Großindustrie ein und übte dadurch
einen ungünstigen Einfluß auf den Fortbestand des Mittel-
standes aus. Die alten Organisationen des Mittelstandes hatten
sich scheinbar überlebt. Wir sind uns wohl bewußt, welche wirt-
schaftliche und nationale Kraft wir verlieren würden, wenn
der Mittelstand aufgegeben würde. Deshalb müssen wir Mit-
tel finden, um dem vorzubeugen. So mußte der Massenartikel
von der Herstellung durch den Handwerker ausscheiden. Weiter
mußte der Mittelstand wirtschaftlich und technisch geschult wer-
den. Die wichtigste Aufgabe aber war, die alten Handwerker-
organisationen mit neuem Geist zu beleben. Die Körbe-

ung des Handwerks in wirtschaftlicher und technischer Beziehung liegt in erster Linie bei den Bundesstaaten. Der große Komplex der Organisationsfragen dagegen liegt dem Reich ob. Das Reich hat schon mehrfach eingegriffen, so bezüglich des Genossenschaftswesens, ferner durch die Ausbildung der Gesellen-Einzelkarte und den kleinen Befähigungsnachweis. Damit sind die Aufgaben erfüllt, die uns von den Freunden des Mittelstandes gestellt worden sind. Die Forderung nach Förderung des Handwerks ist allgemein. Aber bezüglich der Ausführung der Wünsche geben die Ansichten weit auseinander. Mit Enqueten ist nicht viel geholfen. Mehrere Gesetzentwürfe sollten den Handwerkern dienen, so das Wanderlagergesetz und das Gesetz über die Regelung der Sonntagsruhe. Das Verdingungs- wesen wird gegenwärtig durch eine besondere Kommission bearbeitet. Hoffentlich sieht diese davon ab, eine gesetzliche Regelung zu fordern. Die bestehenden Organisationen des Handwerks genügen für diesen Zweck nicht. Wir müssen eine Zentralstelle für das Verdingungswesen schaffen. Auf Grund der Klagen des Mittelstandes über heimlichen Warenhandel der Beamten ist dieser bereits verboten worden. In gleicher Weise sind wir gegen den unlauteren Wettbewerb, namentlich gegen das Zugabewesen, vorgegangen. Das Wichtigste ist das Organisationswesen im Handwerk. Bei der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk handelt es sich darum, eine möglichst breite Grundlage zu finden, um die Großbetriebe, die ihrer Natur nach zum Handwerk gehören, zum Beispiel die Möbelfabriken, dem Handwerk zu erhalten. Die Aufhebung des § 100 a der Gewerbeordnung wird nicht mehr so stürmisch verlangt wie früher. Die verbündeten Regierungen bedauern, daß der gewerbliche Mittelstand nicht in der gewünschten Weise an wirtschaftlichen Aufschwüngen teilgenommen hat. Hierin Wandel zu schaffen, werden wir stets bemüht bleiben.

Abg. Böttger (nall.): Eine Beeinträchtigung der Koalition wünschen wir nicht. Ein Koalitionswang, der zum Terrorismus führen würde, darf nicht stattfinden. Infolge dessen haben auch die gelben Gewerkschaften ihre Verechtigung. Sie haben einen schweren Kampf gegen Vorurteile zu führen. Sie haben ihre Kämpfe durchzuführen, eventuell durch Streik. Von einer Ruhe in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Bezüglich der Handelspolitik müssen Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden sein, wenn es doch nötig werden sollte, den Zolltarif beim Abschluß neuer Handelsverträge zu revidieren. Verechtigt ist der Wunsch des Handwerks, bei allen wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Gegen die Schwindelanstaltungen muß endlich nachdrücklich eingeschritten werden. Das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen ist scharf durchzuführen. Die Bauunternehmer müssen hinsichtlich der Verwendung der Baugelder kontrolliert werden. Die Hypothekengläubiger bedürfen eines größeren Schutzes. Das Zugabewesen ist scharf zu bekämpfen.

Ministerialdirektor Gelpar: Von einem Stillstand in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Unsere Verantwortung ist sozialpolitisch geschult wie keine andere.

Abg. Bartsch (f. Vpl.): Das Handwerk hat erkannt, daß es bei dem Kartell der schaffenden Arbeit nichts zu holen hat, da dieses nur ein Ableger des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist. Die Konservativen sollten nicht behaupten, daß sie den Mittelstand schützen wollen. Am Gegenteil wird über Leute, die auch zum Mittelstand gehören, aber nicht konservativ wählen, stets der Vorwurf verhängt; vielleicht auch über Handwerker, wenn sie nicht mehr zu den ihnen von Großgrundbesitz zugewandenen Preisen arbeiten. Die Aufhebung des Scheinstempels, der den Mittelstand erheblich belastet, muß immer wieder gefordert werden. Weiter bespricht der Redner eingehend Handwerkerfragen.

Abg. Kurzwasski (Vole) verlangt gesetzliche Regelung des Schutzes der ausländischen Arbeiter. Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, 28. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Trendel (Ztr.) hat an den Reichstagskanzler folgende Anfrage gerichtet: In weiten Kreisen der Bevölkerung und der Steuerbehörden herrscht trotz der Erklärungen des Herrn Schabsekretärs vom 16. Januar nach Unklarheit darüber, ob das nach dem Wehrbeitragsgesetz nach dem Stand vom 31. Dez. 1913 festgestellte Vermögen, mag es nach dem Ertragswert oder nach dem gemeinen Wert (Verkaufswert) festgestellt sein, unverändert gemäß den §§ 19 und 20 des Vermögenssteuergesetzes bei der Feststellung des Vermögenszuwachses im Jahre 1917 zugrunde zu legen ist, oder ob im Jahre 1917 die Grundbesitzer von neuem eine nachträgliche Bewertung ihrer Grundstücke nach dem Ertragswert oder Verkaufswert rückwirkend auf das Jahr 1914 beantragen können. — Eine bestimmte Auskunft über die Ansicht der Reichsleitung würde im Volk beruhigend wirken und eine Unzahl von Verurteilungen hintanhalten. — Ist der Herr Reichstagskanzler bereit, hierüber Auskunft zu erteilen?

Berlin, 28. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Sittart (Z.) hat an den Reichstagskanzler folgende Anfrage gerichtet: Infolge der Vorgänge in Zabrern ist das 99. Infanterieregiment aus seiner Garnison in die Baracken von Saagenau-Wisch verlegt worden. Diese Verlegung des ganzen Regiments und insbesondere die Fortdauer der Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Strafe empfunden und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volk und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des 99. Infanterieregiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung des Regiments gegeben haben. Ich richte an den Herrn Reichstagskanzler die Anfrage, ob und wie lange die bitter empfundene Verlegung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll, bezw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden wird.

Die Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städtetages.

Die Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städtetages ist infolge der Wahl ihres Leiters zum Oberbürgermeister von Charlottenburg am 1. November 1913 mit Genehmigung des Vorstandes des Deutschen Städtetages von Cassel nach Charlottenburg (Kathaus) verlegt worden. Mit dieser Verlegung ist das Institut in das Zentrum des Reiches und an den Sitz fast aller großen Bankinstitute gerückt, was nicht nur die Geschäftsführung erleichtert, sondern auch eine Gewähr dafür bietet, daß die Mitglieder einen möglichst gleichmäßigen Vorteil von der Veranstaltung genießen.

Seit dem letzten Geschäftsbericht im Oktober v. J. hat die Geldvermittlungsstelle weiter recht günstige Erfolge aufzuweisen. Von Oktober 1912 bis Ende Oktober 1913 sind, soweit kurzfristiges Geld in Frage kommt, 108 Nachfragen über zusammen 107 217 000 M. eingegangen,

wovon 23 895 000 M. gedeckt werden konnten; andererseits wurden 33 Angebote im Gesamtbetrag von 35 910 000 M. in voller Höhe untergebracht. Langfristige Anleihen wurden 75 mal im Gesamtbetrag von 48 352 650 M. angemeldet. Es kamen jedoch auf die Ausschreibungen hier nur 5 Abschlüsse über zusammen 2 277 000 M. zustande.

Insgesamt sind bisher seit 1. April 1910 nach kurzfristigen Darlehen 256 Nachfragen über 254 827 000 M. eingegangen, von denen 92 195 000 M. gedeckt wurden. Von den 138 angemeldeten Angeboten über zusammen 137 530 000 M. sind 99 599 000 M. zum Abschluß gekommen. Langfristige Anleihen sind insgesamt in 182 Fällen mit 152 792 896 M. zur Ausschreibung angemeldet worden. Davon konnten 32 mit 21 478 800 M. untergebracht werden.

In finanzieller Hinsicht ist die Vermittlung für die Städte sehr vorteilhaft gewesen. Unter Zugrundelegung eines um 1 Proz. gegen den Reichsbankdiskontsatz höheren Zinsfußes für ein bei einer Bank aufgenommenes Darlehen hatten die nachfragenden Städte seit Oktober v. J. an Zinsen durchschnittlich 1,78 Proz., das sind rund 134 600 M. weniger zu zahlen. Ebenso haben die Anbieter kurzfristigen Geldes wesentliche Vorteile gehabt. Falls die angebotenen Gelder bei Banken kurzfristig angelegt worden wären, so würde den betreffenden Städten ersparungsgemäß höchstens ein Zinsfuß von 1 Proz. unter Reichsbankdiskontsatz zugestanden worden sein. Die Vergebung der Gelder an andere Städte brachte auf dieser Grundlage einen Mehrertrag an Zinsen von rund 76 000 M.

Rechnet man diesen Betrag die für die Zeit von April 1910 bis Ende September 1912 erzielten Zinsersparnisse bzw. Mehreinnahmen hinzu, so ergibt sich, daß bisher insgesamt an Zinsen erspart wurden bei Darlehensaufnahmen rund 409 000 M., und Mehreinnahmen erzielt wurden bei Verleihungen von rund 210 000 M., zusammen rund 619 000 M.

Wenn man berücksichtigt, daß die vorstehende Berechnung der finanziellen Erfolge ohne Rücksicht auf Anlegung und Beschaffung von Geldern am Viertelsjahreswechsel nur durchschnittliche Zahlen annimmt, so wird das tatsächliche Ergebnis wohl ein noch günstigeres gewesen sein. Der Erfolg der Geldvermittlungsstelle in bezug auf kurzfristige Darlehen muß daher als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden.

Weniger günstig hat sich bisher die Vermittlung langfristiger Darlehen gestaltet. Der Umsatz hält sich noch immer in verhältnismäßig bescheidenen Bahnen. Eine Hauptursache wird in der allgemeinen Geldversteifung zu suchen sein. Sobald die Geldmarktlage sich wieder bessert, wird sich auch für die langfristigen Anleihen der Erfolg der Geldvermittlungsstelle heben. Wie jedoch schon früher betont worden ist, wird die Entwicklung der Geldvermittlungsstelle in bezug auf langfristige Anleihen wesentlich von dem Verhältnis zu den deutschen Sparkassen abhängen, die ihre verfügbaren Gelder bisher in nur geringem Maße dem deutschen Kommunal-kredit dienstbar gemacht haben. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß gerade diese Kassen die berufenen Institute zur Hergabe langfristiger Darlehen für die Städte sind. Um dies zu erreichen, werden die mit dem Deutschen Sparkassenverband seit längerer Zeit angebahnten Beziehungen eifrig weiter gepflegt.

Politische Übersicht.

Vom Kaiserlichen Hofe.

Berlin, 28. Jan. Heute abend war im Kgl. Opernhaus Theatre paré. In der großen Hofloge waren besonders geladen: Der Gesandte in Athen, Freiherr von Wangenheim mit Gemahlin, Staatssekretär von Jagow, der griechische Ministerpräsident Venizelos, die Herren seiner Begleitung und der griechische Geschäftsträger Zheftokis. In der großen Hofloge erschienen sodann der Kaiser und die Kaiserin, die Königin der Seren, der Kronprinz von Griechenland und die anderen Fürlichkeiten. Gegeben wurde das Festspiel Kerkira von Lauff. In der Pause plauderte der Kaiser eine Zeitlang mit Venizelos. Der Ministerpräsident sprach nachher längere Zeit mit dem Prinzen Heinrich und Staatssekretär von Jagow. Die Königin von Griechenland verläßt heute nacht Berlin.

Berlin, 29. Jan. Die Königin der Serenien ist gestern abend vom Anhalter Bahnhof nach Mailand abgereist, von wo sie sich über Brindisi nach Athen begibt. — Der Kaiser und die Kaiserin, Prinz Heinrich von Preußen und die Schwestern gaben der Königin das Geleit zum Bahnhof.

Demission der elsaß-lothringischen Gesamtregierung. In der gestrigen Kommissions-sitzung des elsaß-lothr. Landtages gab auf Anfrage des Abg. Hauff Staatssekretär Born von Bulach die Erklärung ab, die Gesamtregierung von Elsaß-Lothringen habe ihre Konsequenzen aus den Zabrerner Vorfällen gezogen, eine Entscheidung sei noch nicht getroffen.

Württemberg und die Kabinettsordr. von 1820: Auf die kürzlich im württembergischen Landtag von der Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Anfrage bezüglich des Einschreitens von Militär bei inneren Unruhen hat die Regierung die schriftliche Antwort gegeben, daß in Württemberg ein Einschreiten des Militärs nur nach ergangener Aufforderung durch die Zivilbehörde erfolgen

kann. Die württembergische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Kabinettsordr. vom Jahre 1820 in Württemberg durch die Militärkonvention nicht zur Einführung gelangt ist. Schon im Jahre 1893 ist eine Anweisung in diesem Sinne an die Zivilbehörden und ebenso auch an das 13. württembergische Armeekorps ausgegeben worden.

Begründung einer Reichsinvalidenstiftung durch ungenannte Spender. Ein schwäbisches Pfarrerepaar, das nicht genannt sein will, hat, den „Eisb. Neuesten Nachr.“ zufolge, aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers eine Reichsinvalidenstiftung ins Leben gerufen, aus der den Veteranen neben der Reichsbeihilfe von 150 Mark eine Zulage von 50 Mark jährlich gewährt wird.

Aus Meer und Marine.

Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Oheim der Kaiserin und der Schwiegerohn der 1901 gestorbenen Königin Viktoria von England, beging am 28. Januar den 60. Jahrestag, da er in die preussische Armee eintrat. Bis 1865 stand er im aktiven preussischen Militärdienst und schied, nachdem er 1864 Ordinananzoffizier beim Generalkommando des kombinierten Armeekorps in Schleswig gewesen war, 1865 auf sein Gesuch als Major aus. Er verheiratete sich am 5. Juli 1866 mit der Prinzessin Selene, der Tochter der Königin Viktoria, und trat als Generalmajor in die großbritannische Armee. Im Juni 1880 wurde er wieder in Preußen à la suite der Armee angestellt, und zwar als General der Kavallerie. Im Februar 1881, kurz vor der Hochzeit unseres jetzigen Kaisers mit der Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein, erhielt Prinz Christian, der Oheim und Vormund der Braut, die Stellung à la suite des 3. Garde-Ulanenregiments. Sein Sohn Prinz Albert stand lange Jahre beim Leibgarde-Infanterieregiment in Potsdam.

Paraden und Kaisermanöver. Nach den soeben veröffentlichten Bestimmungen werden die Parade des Gardekorps am 2. September, die des 7. Korps am 5. September bei Münster, die des 8. Korps am 8. September bei Koblenz und die Kaisermanöver in der Zeit vom 14. bis 18. September stattfinden.

Das Deutschtum im Ausland.

Deutsche Blochhausansiedlungen in Südböhmen.

Die heiter-schöne und fruchtbare Hügellandschaft Südböhmen ist uns Reichsdeutschen erst durch die Romane von Hans Bartsch näher bekannt geworden. Sie haben zur Folge gehabt, daß bereits in mehreren Fällen Reichsdeutsche dem Gedanken, sich dort niederzulassen, nähergetreten sind. Wenig bekannt dürfte sein, daß der deutsch-österreichische Schutzverein „Südmart“ bereits seit 7 Jahren mit einer systematischen Ansiedlung reichsdeutscher Bauern und Handwerker in den „Windischen Büheln“ zwischen Graz und Marburg a. d. Drau begonnen hat, um durch eine feste Brücke deutscher Siedlungen die Sprachinsel Marburg wieder fest mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiete Steiermarks zu verbinden. Um St. Egidij breiten sich heute schon in weitem Kranz blühende deutsche Gehöfte auf bisher slowenischer Erde aus. Vorwiegend sind es evangelische Schwaben, die dort eine neue Heimat gefunden haben und bei günstigen Siedlungsbedingungen prächtig vorwärtskommen. Interessant ist dabei, daß nach den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland z. T. wenigstens nicht nur der Ansiedler selbst, sondern auch sein Heim aus Deutschland bezogen wird. Es handelt sich dabei um sog. Blochhäuser. Bekanntlich werden die sehr preiswerten, praktischen u. bequamen Blochhäuser völlig fertig geliefert und können überall ohne Schwierigkeit aufgestellt werden. Sie bieten nicht nur dem Ansiedler ein gutes Heim, auch solche Deutsche, die Freude an herrlicher Natur mit warmem Anteil an nationalen Ringen unseres Volkes vereinigen, könnten auf diesem Wege leicht sich ein dauerndes Ausheim oder eine ebenso schöne wie billige Sommerfrische in der grünen Steiermark erwerben.

Das Wachstum der Stadt Reval.

Die Einwohnerzahl Revals, der Hauptstadt Estlands, hat sich nach den „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“ in den letzten 42 Jahren vervierfacht. Sie ist von 31 269 im Jahre 1871 auf 123 224 im Jahre 1913 angewachsen. Die baltische Städteentwicklung und Bevölkerungsbewegung wird besonders durch die Tatsache gekennzeichnet, daß von der letzten Zahl nicht weniger als 91 881 dem Bauernstande angehören. Bekanntlich wird die russische Bevölkerung ihrer staatsrechtlichen Stellung nach in vier Stände streng gegliedert: Den Großgrundbesitzer, den Literaten-, Bürger- und Bauernstand. Der in die Stadt verzogene Bauer wird dadurch allein noch nicht ohne weiteres Glied des Bürgerstandes. Daß dreiviertel aller Bewohner Revals Bauern sind, zeigt ersprechend den Umfang der ländlichen Abwanderung in die Städte, die gleichbedeutend ist mit der Stärkung des baltischen — oder estnischen Elements. Ihr sind im Laufe der letzten Jahrzehnte bis auf Riga und Dorpat alle deutschen Stadtverwaltungen Livlands und Estlands zum Opfer gefallen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog kehrte heute nacht 12 Uhr 33 Minuten aus Berlin hierher zurück.

Heute vormittag nahm Seine Königliche Hoheit die Meldung des Majors von Wittich, bisher Generalstabsoffizier der 5. Armeedivision, als Bataillonskommandeur zum Infanterieregiment von Wittich (3. Kurhessischer) Nr. 83 versetzt entgegen. Hierauf empfing Seine Königliche Hoheit den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung.

Abends folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

**** Aufgefundenes Geld.** Es wurde aufgefunden: am 14. Januar auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 10 M.; am 14. Januar auf dem Bahnhof in Freiburg (Breisgau) ein Geldbeutel mit 2.09 M. und 5 Cts.; am 18. Januar auf dem Bahnhof in Karlsruhe ein Geldbeutel mit 3.67 M.; am 19. Januar im Zug 1257 ein Geldbeutel mit 4.57 M., abgeliefert in Graben-Neudorf.

B.C. Brudjal, 27. Jan. Gestern nachmittag stimmte der Bürgerausschuß dem zwischen dem Stadtrat und dem neugewählten Oberbürgermeister Dr. Karl Meister abgeschlossenen Dienstvertrage zu.

Aus der Residenz.

Der bisherige Geschäftsführer für Baden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Generalsekretär Hauptmann d. L. Hermann Jarnack, scheidet mit dem 1. Februar nach Stuttgart über, um die Leitung der dortigen neu errichteten Geschäftsstelle zu übernehmen (Paulusstr. 5). Mit dem gleichen Tage geht, wie uns geschrieben wird, die Geschäftsführung für Baden, das als selbständiger Geschäftsbereich des Reichsverbandes bestehen bleibt, an Prof. Dr. von Freyhold-Emmendingen über.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

19. öffentliche Sitzung: Mittwoch, 28. Januar 1914.

(Kurzer Bericht.)

Am Regierungstisch u. a. Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird von Ministerialrat Wolpert in Beantwortung einer kurzen Anfrage des Abg. Seibert die Inbetriebnahme der Verbindungsbahn Offenburg-Windischlag-Regelsdorf für den Sommer 1916 in Aussicht gestellt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gelangt zunächst der in der letzten Sitzung im Anschluß an die Interpellation der Abgg. Köhler und Gen. eingebrachte, die Reichsvergütung an Baden für die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichsteuern betreffende Antrag der Abgg. Wittmann und Gen. zur Abstimmung. Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Es folgt sodann der Bericht der Budgetkommission zum Voranschlag Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1914 und 1915, Titel I—VI, IX, X, XI, XXI und XXII der Ausgabe, sowie Titel I—V der Einnahme. Zu dem von Abg. Seibert erstatteten Bericht, in welchem u. a. die etatsmäßige Anstellung des Landeswohnungsinspektors, sowie die Errichtung einer neuen Zwangsverzeihungsanstalt bei Rastatt Erwähnung finden, wird unter Anerkennung der hervorragenden Leistung dieses Ministeriums und unter Hinweis auf die weite Sparsamkeit, die bei Aufstellung dieses Etats gewaltet habe, insbesondere hervorgehoben, daß das Ministerium des Innern aus einem politischen und Polizeiministerium zu einem volkswirtschaftlichen geworden sei. Der Kommissionsantrag geht auf Genehmigung sämtlicher zur Beratung stehender Positionen.

In der hierauf eröffneten allgemeinen Beratung nimmt sich zunächst Abg. Dietrich der Gemeindebeamten an und wünscht baldigste Umänderung des Zirkularerlasses, insbesondere einen größeren Einfluß der Gemeinden auf die Verwaltung der Kasse sowie eine Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die bisher zum freiwilligen Beitritt berechtigten Personen. Redner, welcher hinsichtlich der Zwangsverzeihungsfrage die eine mehr individuelle Erziehung ermöglichende Familienfürsorge der Anstaltsverzeihung vorzieht, tritt insbesondere zur sozialen Frage übergehend, unter Hinweis auf die große Bedeutung der Wohnungsfrage aufs wärmste für die Schaffung eines Eigenheimes für die Arbeiterbevölkerung ein, um schließlich der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß in der Frage der Versorgung des badischen Landes mit Elektrizität der Staat der entscheidende Faktor bleiben möge. Abg. Wittmann, der, ebenso wie seine Vorredner, der Anerkennung der erproblichen Tätigkeit des Ministeriums des Innern beredten Ausdruck verleiht, gedenkt zunächst des wachsenden Einflusses und der Zunahme des Vertrauens zu den politischen Beamten, eine Folge der größeren Zurückhaltung, deren sich, wie er gerne zugestehen wolle, diese Beamten im Wahlkampfe gegenüber früherer Zeiten befleißigen. In den Ausführungen seines Vorredners, die sich vielfach mit seinen eigenen decken (so z. B. hinsichtlich des Wunsches nach Besserstellung der Schutz-

mannschaft und Gendarmen, nach einer Neugekaltung der Kreisverfassung) vermißt Redner jedoch den Hinweis auf den Einfluß der Religion auf dem Gebiet der sozialen Politik, während andererseits die beste Lösung der Zwangsverzeihungsfrage in der Einrichtung der Zwangsverzeihungsanstalten nach konfessionellen Gesichtspunkten zu finden sei. Gegen einen Voranschlag nach Einführung eines Automobilabgabegesetzes wendet sich Abg. Süßkind, der sich zunächst unter Hervorhebung der Vorzüge der gemeinnützigen Baugenossenschaften über die Wohnungsfürsorge verbreitet und ebenfalls für eine Besserstellung der Schutzmannschaft eintritt, und im Verlauf seiner längeren Ausführungen u. a. Verstaatlichung der Apotheken und des Hypothekensystems fordert, letzteres unter Beurteilung des Geschäftsgebahrens der Lebensversicherungs- und Hypothekenbanken, von welchen insbesondere die letzteren hinsichtlich der Linderung der Hypothekennot völlig verlagert hätten.

20. öffentliche Sitzung: Donnerstag, 29. Januar 1914. (Kurzer Bericht.)

Am Regierungstisch u. a. Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman.

In der heutigen Sitzung wird die Generaldebatte über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern fortgesetzt. Zunächst weist, wie dies bereits in der gestrigen Sitzung seitens des Abg. Süßkind geschehen war, Abg. Benedey der sich im übrigen dem der sachlichen Tätigkeit dieses Ministeriums spendeten Lobe anschließt, auf die veränderte Stellung des Zentrums zu dem Minister des Innern hin, eine Frontänderung, die seiner Fraktion zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung Veranlassung gebe, als sie bisher geübt worden sei. Von seinen Ausführungen verdient besondere Erwähnung die Forderung nach Verstaatlichung der Kinematographen, die als Stätten oder Sensationslust bezeichnet werden müßten, obwohl ihre Erfindung den Keim einer der segensreichsten Erscheinungen unserer Zeit, zu einem Volksbildungs- und Erziehungsmittel in sich trüge. Die einzelnen Wünsche und Beanstandungen, ebenso wie diejenigen des folgenden Redners, des Abg. Banischbach, von dem u. a. eine weitergehende Berücksichtigung der verkehrsarmen Landesteile, insbesondere des Kreises Mosbach bei Verbesserung des Straßennetzes gefordert wird, bilden sodann den Gegenstand eingehender Erörterung seitens des Ministers des Innern, der im Eingang seiner ungefähr zweistündigen Ausführungen für die im allgemeinen anerkennende Beurteilung der Tätigkeit des Ministeriums seinen herzlichen Dank ausspricht und hierbei Gelegenheit nimmt, auch seiner eigenen Überzeugung von der Pflichttreue der ihm unterstellten Beamten Ausdruck zu geben. Der Minister bezweifelt zunächst, ob die von Abg. Benedey erwähnte Stellungnahme der Regierung zur Verhältniswahl ihm gegenüber ein verstärktes Maß von Vorsicht geboten erscheinen läßt, wobei er unter Wiederholung seiner früheren Ausführungen nochmals betont, daß die verneinende Entscheidung der Regierung durch das Wahlergebnis nicht beeinflusst sei. Er kommt sodann im Anschluß an weitere Ausführungen des Abg. Benedey auf die Einhaltung der Bureaufunden durch die Bezirksbeamten und im Zusammenhang hiermit auf die englische Arbeitszeit zu sprechen, über deren Einführung sich eine Verständigung unter den verschiedenen Ministerien noch nicht habe erzielen lassen. Nach Erörterung der von Abg. Wittmann aufgeworfenen Frage der Erteilung von Druckaufträgen an die Amtsverköndiger kommt der Minister unter näherer Darlegung der Stellung der Regierung zu dem Verbands der Schutzleute auf die Schutzmannschaft zu sprechen, äußert sodann gewichtige Bedenken gegen den Voranschlag des Abg. Benedey, den Bezirksärzten die Stellung reiner Staatsärzte zu verschaffen, wendet sich des weiteren zu den Anregungen des Abg. Dietrich auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, die bereits Gegenstand der Erörterung mit dem Großh. Finanzministerium seien, und geht hierauf auf das Fischereiwesen, insbesondere den Lachsfang über. Der Minister, der auf dem Gebiet der Zwangsverzeihung sich gegen eine konfessionelle Scheidung der staatlichen Anstalten ausspricht, sich im übrigen aber für einen überzeugten Anhänger der Familienfürsorge erklärt, berührt des weiteren noch das Gebiet des Gemeinderechnungswesens, des Gemeindebeamtenrechts, um am Schluß seiner Ausführungen nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Besserstellung der Gendarmen und Schutzleute insbesondere die Stellung der Regierung zur Frage des Arbeitswilschutzes näher darzulegen.

Berlin, 29. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, hat sein schon im September angebotenes Abschiedsgesuch erneuert. Wie wir weiter erfahren, haben auch der Staatssekretär Born von Bula und die Unterstaatssekretäre Petri, Köhler und Mandel erneut um ihre Entlassung gebeten. — Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.

Straßburg (Elsaß), 29. Jan. In der gestrigen Budgetkommissionssitzung der Zweiten Kammer, in der der Staatssekretär Born von Bula die bereits mitgeteilte Erklärung betreffend die angebotene Demission der Gesamtregierung abgab, wurden der „Straß-

burger Post“ zufolge beim Etat des Statthalters die Repräsentationskosten des Statthalters gemäß dem vorjährigen Beschluß auf 100 000 M. (Etatjah 200 000 M.) festgesetzt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Dispositionsfonds zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso bei dem Etat der Finanzverwaltung der analoge Antrag auf Streichung des kaiserlichen Gnadenfonds. Nur zwei Zentrumvertreter stimmten für die Streichung mit.

Johannesburg, 29. Jan. Die Behörden trafen bei ihren Vorbereitungen zur Deportation der Arbeiterführer die ausgedehntesten Maßnahmen, um den Plan geheim zu halten. Die Arbeiterführer wurden am Sonntag nachmittag vom Gefängnis mit dem Gefängniswagen abgeholt. Nach einer Fahrt von einigen Meilen wurden sie in einen Zug gebracht, in dem sich Soldaten befanden. Die Gefangenen wußten nicht, wohin man sie bringen würde. Alle Fenster des Zuges waren verhängt; selbst die Bahnbeamten waren nicht unterrichtet und der Zug wurde als Extrazug einer Theatereinfahrt bezeichnet. Erst an Bord des Schiffes wurde den Arbeiterführern die Absicht der Regierung mitgeteilt. Nachdem der Dampfer die Barre gekreuzt hatte, warf er Anker und den Gefangenen wurde mitgeteilt, daß das Schiff 1½ Stunden anhalten würde, damit sie an ihre Verwandten und Bekannten schreiben könnten. Das Schiff geht direkt nach London. Es ist bemerkenswert, daß das Schiff keine funktentelegraphische Einrichtung hat. Es führt auch keine anderen Passagiere mit sich.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 30. Jan. Abt. B. 35. Ab. Vorst. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4 M.)

Samstag, 31. Jan. 31. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gastspiel des Kgl. Schwed. Kammerängers Johann Forsell von Stockholm: „Den Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart. Den Juan: Kammerjäger Johann Forsell als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. (6 M.)

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Joseph Beter, Emailleur. — B.: Karl Schäuble, Postassistent. — B.: Heinrich Palm, Kaufmann. — Ein Mädchen: B.: Albert Beutzel, Bahnarbeiter. — B.: August Herdle, Bader. — B.: Franz Baumann, Schriftfeger. — B.: Otto Henneberg, Bizefeldwebel. — B.: Theodor Med, Blechener.

Todesfälle. Karl, B.: Georg Schmidt, Fabrikarbeiter. — Hedwig, B.: Johann Heinrich Eberle, Tagelöhner. — Emil Siefert, Kaplan, ledig. — Ludwig Kern, Zimmermann, Ehemann. — Franziska Rogg, gesch. Ehefrau. — Friedrich Burst, Kaufmann, ledig. — Margarete, B.: Joseph Scheinmann, Maschinenmeister. — Emilie, B.: Michael Heiler, Drempfer.

Wetterbericht des Zentralfbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 29. Januar 1914.

Die gestern bei Island erschienene Depression ist bis Nordspanien weiter gezogen; bis weit in das Binnenland herein verurteilt sie trübes Laubwetter, nur in der südlichen Hälfte Mitteleuropas, die von einer schmalen Zunge hohen Druckes bedeckt wird, herrscht bei meist heiterem Himmel leichter Frost. Die Depression wird uns voraussichtlich nur wenig beeinflussen; es ist deshalb bei wechselnder Bewölkung leichter Nachtfrost zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 29. Januar, früh:

Baromet. heiter 7 Grad, Triest wolkenlos 3 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
28. Nachts 9 ^u ll.	759.0	-2.3	3.8	98	Still	wolkenlos
29. Morgs. 7 ^u ll.	758.5	-2.8	3.6	96	SEW	heiter
29. Mittags. 2 ^u ll.	758.2	0.4	3.8	79	SEW	bedeckt

Höchste Temperatur am 28. Januar: 3.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -3.9.

Niederschlagsmenge, gemessen am 29. Januar, 7^u früh: 0.0 mm.

Schneehöhe am 29. Januar, 7^u früh: 4 cm.

Wasserstand des Rheins am 29. Januar früh: Schutterinjel 1.17 m, gefallen 4 cm; Rehl 2.07 m, gefallen 3 cm; Maxau 3.64 m, gefallen 3 cm; Mannheim 2.90 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

KÖNIGL. SELTERS

Linderungsmittel b. fieberhaften Zuständen, Lungentuberkulose usw.
Rein natürlich gefüllt unter Staatskontrolle. Literatur durch die
Brennereispektion in Niederselters (Reg.-Bez. Wiesbaden).

Feinschmecker schätzen

TÜRKB & PABST'S

Delikatessen u. Fabrikate
für die gute Küche.

Verlangen Sie gratis u. franko ein
Kochbuch von T. & P. Frankfurt am M.

F. 391

Den Badischen Behörden empfehlen sich:

C. Haushahn, Maschinenfabrik Stuttgart-Feuerbach

liefert in bestbewährter Bauart

Personen - Aufzüge, Lasten - Aufzüge

jeder Art u. Größe, insbesondere mit elektr. Antrieb und Patentdruckknopfsteuerung

Erste Referenzen. Projekte und Voranschläge kostenlos.



Goldene Staatsmedaille

Dyckerhoff & Söhne in Mannheim

Portland-Cementfabrik Amöneburg u. Biebrich a. Rh.

empfehlen ihr seit nahezu 50 Jahren bewährt. Fabrikat unter Garantie für höchste Festigkeit und unbedingte Gleichmäßigkeit und Zuverlässigkeit



Goldene Staatsmedaille

Produktion: jährlich über 2 Millionen Fass. Niederlagen an allen bedeutenderen Plätzen.

Wasser- } Gewinnung Versorgung

durch

Schachtbrunnen — Rohrfilterbrunnen
Tiefbohrungen in jeder Weite und Tiefe
Quellerschliessungen, Quellfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.

Technisches Bureau D.100 Fernsprecher 2271.

Carl Metz, Karlsruhe i. B.

Feuerwehr-Gerätefabrik

gegründet 1842 in Heidelberg

Mechanische Leitern, Feuer-
spritzen, Hydrantenausrüstung,
Mannschaftsausrüstung

Weltausstellung Brüssel 1910:
„Goldene Medaille“, höchste Auszeichnung

JOSEPH VÖGELE

Weichen
Drehscheiben
Schiebebühnen
Rangierwinden
Stellwerke

D.108

Auch Einzellieferungen für

Anschluß - Geleise

Aelteste deutsche Spezialfabrik

Prospekte Serie „M“ werden auf Wunsch eingesandt

MANNHEIM

Basaltwerke Immendingen u. Hohenstoffeln G. m. b. H. Immendingen

liefern ab Werk Immendingen und Mühlhausen b. Singen

Basaltbahnschotter
Basaltstraßenschotter
Basaltbetonierschotter

in den verschiedenen Korngrößen.

Anerkannt bestes und widerstandsfähigstes Schottermaterial.
— Prüfungszeugnisse und Muster stehen gerne zu Diensten. —

Eisenwerk Ladenburg

liefert

Eiserne Brücken, Hochbau-
konstruktionen D.181

nach eigenen und eingesandten Projekten.

Eisenbahn - Bedarfsartikel.

Jul. Icken

Dampfwash- u. Wäscheverleih - Anstalt, Bulach :-: Tel. 702

Chemische Reinigung D.188

Uebernahme aller Sorten Wäsche
Stärkewäsche, Haushaltswäsche
Verleihen von Tisch- und Bettwäsche

Handtuch-Verleih-Anstalt.



Stempel jeder Art und für
jeden Zweck.

Musterbuch 14 umsonst.



Bitumitekt

Die beste und billigste Bedachung.
Höchste Haltbarkeit ohne Anstrich.

J.A. Braun Stuttgart-Cannstatt



Maschinenfabrik

Herm. & Jul. Kern

Lörrach
gegründet 1842

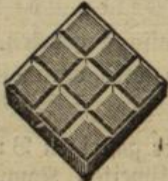
Waren- u. Personen-

Aufzüge

Rhein., hydraul. gepreßte Fußsteigplatten

gekupft 300x300x45 mm

haben sich an allen Plätzen und unter den verschiedenartigsten klimatischen Verhältnissen
bestens bewährt



Hohe Bruchfestigkeit
Geringe Abnutzung

Hartgestein-
platten „BLENDURIT“
für Bahnteigbeläge, Unterführungen, Ueber-
fahrten, steile Gehwege und als Strapazier-
bodenbeläge.



Rheinische Asphalt- u. Zementplattenfabrik G. m. b. H. Karlsruhe, Rheinhafen

Teleph. 2848.